



Bericht aus Berlin

5 / 2011

Viel Freude bei der Lektüre der Ausgabe Nr. 5 meines Berichts aus Berlin und ein frohes Osterfest wünsche Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Plenum

Fortentwicklung des Emissionshandels

Der Bundestag hat am 07.04.2011 in erster Lesung das anstehende Gesetz zur Anpassung der Rechtsgrundlagen für die Fortentwicklung des Emissionshandels beraten. Mit diesem Gesetz wird die umfassend geänderte EU-Emissionshandels-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt. Künftig wird die Gesamtemissionsmenge für den EU-Emissionshandel kontinuierlich abgesenkt sowie der Luftverkehr und weitere emissionsintensive Industriebranchen in den Emissionshandel einbezogen. Ab 2013 wird es europaweit einheitliche Zuteilungsregeln geben. Diese europäische Harmonisierung beseitigt die bislang bestehenden Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten. Der gesamte Bereich der Emissionsüberwachung wird zukünftig vom Umweltbundesamt vollzogen. Im Hinblick auf den Vollzug des Emissionshandels bleibt es bei der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern. Kleinanlagen mit Emissionen von weniger als 25.000 Tonnen CO₂ können auf Antrag von der Teilnahme am Emissionshandel befreit werden, wenn sie hierfür im Gegenzug eine von zwei gleichwertigen Verpflichtungen übernehmen: Entweder die Zahlung eines Ausgleichsbetrages für den ersparten Zukauf von Emissionszertifikaten oder die Selbstverpflichtung zur Verbesserung der CO₂-Effizienz der Anlage.

Weitere Informationen: www.cducsu.de

Feuerwehrführerschein beschlossen

Der Weg für Erleichterungen beim sog. Feuerwehrführerschein ist frei. Der Bundestag hat am 07.04.2011 das Siebte Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes beschlossen. Es leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der ehrenamtlich Tätigen bei den freiwilligen Feuerwehren, den nach Landesrecht anerkannten Rettungsdiensten, dem Technischen Hilfswerk und dem Katastrophenschutz und stärkt somit das ehrenamtliche Engagement. Die getroffenen Regelungen sind zudem kostengünstig und unbürokratisch zu handhaben.

Rahmenprogramm zur Gesundheitsförderung vorgestellt

Die Bundesregierung hat in dieser Woche das Rahmenprogramm Gesundheitsförderung vorgestellt, dessen Ziel es ist, die Qualität und Sicherheit der Gesundheitsversorgung der Patienten weiter zu steigern. Hierzu werden weitreichende Forschungserkenntnisse und deren effiziente Übertragung in die breite medizinische Versorgung benötigt. Das Rahmenprogramm definiert die strategische Ausrichtung der medizinischen Forschung für die kommenden Jahre und ist Grundlage für die Finanzierung medizinischer Forschung. Mehr Informationen unter: <http://www.bmbf.de/pub/gesundheitsforschung.pdf>

Was Sie schon immer über den Bundestag wissen wollten...

Was ist das Präsidium?

Der Bundestagspräsident und seine StellvertreterInnen bilden das Bundestagspräsidium. Es wird auf die Dauer der Wahlperiode gewählt. Die Präsidiumsmitglieder können nicht durch Bundestagsbeschluss abberufen werden. Das Präsidium tritt regelmäßig in jeder Sitzungswoche zusammen, um Angelegenheiten zu beraten, die die Leitung des Hauses betreffen. In der 17. Wahlperiode wurde Nobert Lammert (CSU) erneut zum Bundestagspräsidenten gewählt. Seine StellvertreterInnen sind Wolfgang Thierse (SPD), Eduard Oswald (CSU), Hermann Otto Solms (FDP), Petra Pau (Die Linke) und Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen).

Nachrichten

Götz: Energiesparen vor Ort hat Zukunft



In der Plenardebatte am Donnerstag zum Thema „Klimaschutz in der Stadt“ betonte Peter Götz: „Klimaschutz in der Stadt ist ein wichtiges Zukunftsthema. Deshalb wollen wir – wie im Koalitionsvertrag beschlossen – bei der anstehenden Novellierung des Baugesetzbuchs den Klimaschutz im Bau- und Planungsrecht verankern. Bis heute hat der Bund rund 7,1 Milliarden Euro für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm eingesetzt und damit Investitionen in Höhe von rund 78 Milliarden Euro ausgelöst.

Dadurch wird der CO₂-Ausstoß alljährlich um 4,7 Millionen Tonnen reduziert. Um die großen Energieeinsparpotentiale im Gebäudebereich zu aktivieren, sollte dieses Programm – trotz knapper öffentlicher Mittel – weiter ausgebaut werden. Zur Motivation für Gebäudeeigentümer ist dabei auch die steuerliche Absetzbarkeit von energetischen Sanierungsmaßnahmen zu prüfen. Nach den Eckpunkten zum neuen Förderprogramm „Energetische Städtebausanierung“ werden in Stadtquartieren umfassende Maßnahmen in die Energieeffizienz der Gebäude und der Infrastruktur angestoßen. Entgegen der sonst üblichen Programme zur Städtebauförderung, bei denen sich Bund, Länder und Kommunen die Fördermittel teilen, finanziert der Bund das Programm zu 100 Prozent allein. Den Redetext von Peter Götz finden Sie unter: www.goetzpeter.de.

Neues KfW-Förderangebot für energieeffiziente Stadtbeleuchtung

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat ein neues Förderprogramm aufgelegt, das mit günstigen Zinssätzen Investitionen in eine energieeffiziente kommunale Stadtbeleuchtung inklusiv Planungs-, Beratungs- und Sachverständigenkosten für die Bestandsanalyse und das dazugehörige Umsetzungskonzept fördert. Das Programm umfasst neben der Nachrüstung und dem Neubau im Bereich der Straßenbeleuchtung auch die Nachrüstung der Beleuchtung von Parkplätzen, Parkhäusern, Tiefgaragen und öffentlichen Freiflächen.

„Das Förderangebot“, so Peter Götz, „richtet sich an kommunale Gebietskörperschaften, rechtlich unselbständige Eigenbetriebe einer kommunalen Gebietskörperschaft sowie an Gemeindeverbände wie zum Beispiel kommunale Zweckverbände“.



Detaillierte Informationen können auf der Internetseite der Kreditanstalt für Wiederaufbau abgerufen werden:

www.kfw.de



Götz empfängt Kommunalpolitiker aus Vietnam

Eine hochkarätige Delegation von Bürgermeistern aus Vietnam absolvierte auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Seminarreise nach Deutschland. Auf dem Programm stand u.a. ein Gespräch mit Peter Götz, MdB, als kommunalpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Die vietnamesischen Besucher gehören der Association of Cities of Vietnam, dem Städtetag der Kommunen in Vietnam, an.

Einige interessante Daten und Fakten...

Aufschwung kommt bei den Arbeitnehmern an

Im vierten Quartal 2010 sind die Tariflöhne real um 1,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Dies ist der zweithöchste Anstieg in drei Jahren, und er fällt um 1,1 Prozentpunkte höher aus als im Boomjahr 2008. Besonders stark stiegen die Löhne in der Eisen- und Stahlindustrie der neuen Bundesländer. Hier einigten sich die Tarifparteien auf Erhöhungen von 3,6% ab 1. Oktober 2010 sowie eine Pauschale von 150€. Ebenso sah der Tarifvertrag für die Kunststoffverarbeitende Industrie in Baden-Württemberg zum 1. November 2010 3,3% mehr Lohn und einen Pauschalzuschlag von 140€ vor. Die nominale

Verdienstentwicklung fiel im vierten Quartal 2010 in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedlich aus: Im Bergbau (0,3%), im Baugewerbe (1,1%) und im Gastgewerbe (1,3%) konnten die Verdienstzuwächse den Anstieg der Verbraucherpreise von 1,5% nicht ausgleichen. In anderen Bereichen stiegen die Verdienste stärker als die Preise. Durch den Abbau der Kurzarbeit verzeichneten die Nominallöhne der Metallherstellungs- und -bearbeitungsbranche (+11,4 %) und im Maschinenbau (+10,1 %) einen besonders starken Zuwachs. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Jobcenter: Rekord bei Stellenvermittlungen 2010

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit wurden im Jahr 2010 knapp eine Million Hartz-IV-Empfänger in sozialversicherungspflichtige Arbeit oder Ausbildung vermittelt. Dies ist die höchste Vermittlungsquote seit Einführung der Hartz-Reformen im Jahr 2005 und gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 17 %. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist mit 784.000 Personen auf den bisher tiefsten Stand gesunken. Verglichen mit 2006 bedeutet dies einen Rückgang von 466.000 Personen. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 178.000 Personen im Jahresdurchschnitt

2010 stark gesunken. So waren im Jahr 2006 noch 300.000 Jugendliche arbeitslos. Deutschland belegt damit international einen Spitzenplatz. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung lag die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren nur in Österreich und in den Niederlanden niedriger als in der Bundesrepublik. (Quellen: Bundesagentur für Arbeit und Bertelsmann-Stiftung)

Positive Entwicklung von Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Der Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt hat sich auch im März positiv fortentwickelt. So sank die Arbeitslosenzahl um 102.000 auf 3.210.000. Im Vorjahresvergleich ergibt sich damit ein Minus von 350.000. Damit sank die Arbeitslosenquote um 0,3% auf 7,6%. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes weiter auf Wachstumskurs. Sie nahm im Januar saisonbereinigt um 65.000 zu. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Februar saisonbereinigt um 33.000. Nicht saisonbereinigt erhöhte sich die Erwerbstätigkeit von Januar auf Februar leicht um 15.000 auf 40,29 Millionen. Gegenüber

dem Vorjahr stieg sie somit um 494.000. Zudem stieg auch die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter. Die Zahl der gemeldeten Arbeitsstellen nahm im März saisonbereinigt um 9.000 zu; nicht saisonbereinigt ergab sich ein Bestand von 442.000 Arbeitsstellen, 122.000 mehr als im Vorjahr. (Quellen: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit)